

Antrag

der **AfD-Fraktion**

Thema: Polizeieinsatz in der Eisenbahnstraße in Leipzig am 9. Juni 2016

Laut Medienberichten wurde die Polizei am Abend des 9. Juni 2016 zu einem Großeinsatz in den Leipziger Osten gerufen. Auf der Eisenbahnstraße seien mehrere Dutzend Personen aneinandergeraten. Die Beteiligten seien laut Aussage einer Polizeisprecherin vermutlich bewaffnet gewesen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten,

1. was genau den Polizeieinsatz ausgelöst hat, d. h. welches Geschehen im Detail dem Einsatz ursächlich vorangegangen ist,
2. um welche Uhrzeit (Beginn und Ende) und wo genau sich das ursächliche Geschehen zugetragen hat,
3. wie viele Personen an dem ursächlichen Geschehen beteiligt waren, und welche Gruppierungen darin involviert waren,
4. wie es zur Meldung des ursächlichen Geschehens bei der Polizei gekommen ist, und um welche Uhrzeit diese Meldung erfolgte,
5. wie viele Polizeikräfte von woher (Ort und Dienststelle) insgesamt angefordert wurden und wann dies geschah,

Dresden, 16.06.2016

Dr. Frauke Petry, MdL
und Fraktion
i.V. Uwe Wurlitzer, MdL



Unterzeichner: Uwe Wurlitzer
Datum: 16.06.2016

6. in welcher Stärke die angeforderten Polizeikräfte am Ort des ursächlichen Geschehens eintrafen und um welche Uhrzeit,
7. wie die Polizei vor Ort in welcher Phase ihres Einsatzes in materieller Hinsicht ausgestattet war, d. h. welche und wie viele Fahrzeuge dort waren, wie die Polizisten geschützt waren und welche Hilfsmittel der körperlichen Gewalt vorhanden waren,
8. welche Einsatzmittel zur Anwendung kamen, um die Situation zu bewältigen,
9. wie viele Hubschrauber eingesetzt wurden und in welcher Weise,
10. ob die Polizei in ihrer Arbeit durch unbeteiligte Dritte (Passanten, „Gaffer“) behindert wurde,
11. ob, und wenn ja, wie viele Polizeibeamte im Verlaufe des Einsatzes verletzt wurden, wie dies geschah und wie viele davon ihren Dienst nicht fortsetzen konnten bzw. länger als drei Tage ausfielen,
12. welche Ermittlungsverfahren während des Polizeieinsatzes oder im Nachgang dazu eingeleitet wurden und wie viele Tatverdächtige es gibt,
13. ob, und wenn ja, welchem politischen Spektrum die jeweiligen Straftaten zugeordnet werden können,
14. wie viele Personalien die Polizei bei ihrem Einsatz festgestellt hat,
15. wie viele und welche Waffen / gefährliche Gegenstände die Polizei im Verlaufe ihres Einsatzes bei wie vielen Person sichergestellt oder beschlagnahmt hat,
16. welche weiteren Maßnahmen die Polizei während des Einsatzes und im Zusammenhang mit dem Einsatz ergriffen hat,
17. wie viele und welche Staatsangehörigkeiten unter den am ursächlichen Geschehen beteiligten Personen festgestellt wurden und in welchen Städten diese Personen ihre ersten Wohnsitze haben,
18. welches Lebensalter die an dem ursächlichen Geschehen beteiligten Personen hatten,
19. ob und wie viele der an dem ursächlichen Geschehen beteiligten Personen bereits früher polizeilich auffällig geworden sind,
20. ob auch Bewohner der Eisenbahnstraße in das ursächliche Geschehen involviert waren,
21. ob es einen Bezug zu den Rockerbanden (OMC) / rockerähnlichen Gruppierungen vor Ort gibt, und ob es sich um eine Auseinandersetzung rivalisierender Rockerbanden gehandelt hat und wenn ja, welcher,
22. ob zu irgendeinem Zeitpunkt eine konkrete Gefahr für Leib und Leben von Personen bestanden hat und ob diese Beteiligte oder Unbeteiligte waren,

23. ob Personen während des ursächlichen Geschehens bzw. im Verlaufe des Polizeieinsatzes verletzt wurden oder in sonstiger Weise zu Schaden kamen, um welche Art von Verletzungen bzw. Schädigungen es sich dabei handelt und welche Rolle die betreffenden Personen in dem Zusammenhang hatten (Beteiligte, Unbeteiligte),
24. um welche Uhrzeit der Polizeieinsatz beendet wurde,
25. ob und inwiefern eine systematische Auswertung und Nachbereitung des Polizeieinsatzes stattfindet,
26. welche Konsequenzen aus den Vorkommnissen seitens der Polizei für die Zukunft in Zusammenarbeit mit der Stadt Leipzig gezogen werden.

Begründung

Die Vorkommnisse in der Leipziger Eisenbahnstraße am 9. Juni 2016 sind durch nichts zu tolerieren und haben den Rechtsstaat herausgefordert. Für eine umfassende Bewertung der Ereignisse ist jedoch zunächst eine detaillierte Kenntnis all dessen erforderlich, was sich zugetragen hat. Dieser Antrag zielt darauf ab, die erforderlichen Informationen zu bekommen. Wegen der großen Aufmerksamkeit, welche die Vorkommnisse gefunden haben und wegen der offenbaren Einbindung vieler Dienststellen ist eine Befassung des Landtages angezeigt.